

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Begeblatt für Schandl, Adlik, Bernsdorf, Hildorf, El. Leden, Seindorf, Marzahn, Kumbel, Othmannsdorf, Müssen St. Nicola, St. Jakob, El. Wücheln, Elgerndorf, Thora, Niederschlesien, Südschlesien und Zittichheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Nr. 284

Hauptinfektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang. Dienstag, den 9. Dezember

Postfachkonto Leipzig Nr. 86697.

1919.

Bezahlung Dienstag, den 9. Dezember, vorm. 8-12 Uhr, an die

Bezahlung Dienstag, den 9. Dezember, vorm. 8-12 Uhr, an die Familie 1/2, Str. für 2 Mk. Abholungszeiten: Dienstag, 9. 12.: Brotkarten-Nr. 1-100 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 101-260 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 201-300 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 301-400 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 401-500 nachm. 2-3 Uhr, Nr. 501-600 nachm. 3-4 Uhr, Nr. 601-700 nachm. 4-5 Uhr; Mittwoch, 10. 12.: Brotkarten-Nr. 701-800 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 801 bis Schluß vorm. 9-10 Uhr. — Deputatkohlenempfänger sind ausgeschlossen. — Der Dreisernterzeugungsansatz für Collnberg.

Bekanntmachung,

betreffend Verteilung der Zinsen aus der Anna Auguste Brauch-Stiftung auf das Jahr 1919.

Im Laufe dieses Monats gelangen die Zinsen der Anna Auguste Brauch-Stiftung auf das Jahr 1919 zur Verteilung. Stiftungsgemäß haben auf diese Zinsen nur arme, alte, ganz besonders aber würdige und verschämte Hohndorfer Einwohner Anspruch. Diejenigen Einwohner, welche hiernach glauben berücksichtigt werden zu können, werden hiermit aufgefordert, sich bis zum 10. Dezember dieses Jahres im hiesigen Gemeindebeamte — Zimmer Nr. 2 — zu melden. Hohndorf, am 2. Dezember 1919.

Der Gemeindevorstand.

Schuster.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß die von den unterzeichneten Girokassen im November 1918 herausgegebenen Gutscheine über

5, 10 und 20 Mark ihre Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel mit dem 31. Dezember 1919 verlieren, (siehe auch Ausdruck auf den Scheinen). Es werden deshalb diejenigen, die noch im Besitze solcher Gutscheine sind, hierdurch aufgefordert, diese unverzüglich bei den unterzeichneten Kassen zur Einlösung vorzulegen.

Die Gemeindeverbands-Girokassen
Müssen St. Jakob und Müssen St. Nicola.
Müssen St. Jakob, den 5. Dezember 1919.

Verbot des Stollenbackens.

Auf Grund von §§ 61 b), 67 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919, R.-G.-Bl. S. 525, 535 wird bestimmt:

In gewerblichen Betrieben ist die Herstellung von Stollengebäck verboten.

Auf die Bestimmung in § 1 Abs. 3 der Verordnung über die Bereitung von Kuchen vom 16. Dezember 1915, R.-G.-Bl. S. 823, wonach Teige und Massen, die außerhalb der gewerblichen Betriebe hergestellt sind, in diesen Betrieben nicht ausgebacken werden dürfen, wird noch besonders hingewiesen. Zuwiderhandlungen werden nach § 80 Nr. 12 der Reichsgetreideordnung und § 8 Nr. 1 der Verordnung vom 16. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 823) bestraft.

Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 13. Dezember 1915 (Sächs. Staatszeitung Nr. 289) und die Vorschrift unter 2 der Ausführungsverordnung des Ministeriums des Innern zur Bundesratsverordnung über die Bereitung von Kuchen vom 18. Dezember 1915 (Sächs. Staatszeitung Nr. 294) werden aufgehoben.

Dresden, am 4. Dezember 1919.

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

3504 V L A 1 b.

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Passagierdienst Dover-Calais, der während des Krieges eingestellt war, ist jetzt wieder eröffnet worden. Der erste Passagierdampfer ist die „Incolta“, die im Kriege als Transportschiff fuhr.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Wiesbaden telegraphiert: Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen gibt bekannt, daß die Alliierten die deutsche Verfassung als gültig anerkennen haben.

Bei der zweiten Lesung des Umsatzsteuergesetzes im Steuerauschuß der Nationalversammlung wurde die Höhe der Umsatzsteuer entsprechend der Beschließung der ersten Lesung auf 1 1/2 Prozent bemessen.

„New York Times“ melden aus Paris, man rechne dort mit der Möglichkeit, daß Clemenceau Freiherrn von Personers nach Berlin zurück schicken werde. — Unser Gesandter ist also in Paris unerwünscht.

Zum Oberpräsident der Provinz Sachsen wird, nachdem der Posten ein halbes Jahr lang unbesetzt geblieben ist, der ehemalige sozialdemokratische Parteiführer und bisherige Staatskommissar für Oberschlesien Friedrich Otto Häring ernannt worden.

Im Marlob-Prozess wurde am Sonnabend die Zeugenvernehmung zu Ende geführt.

In einem Automobilschuppen der Kaserne der schweren Kletter in München brach auf ungeklärte Weise, wahrscheinlich durch Legen, ein Feuer aus, aus, das Automobile im Werte von 500 000 Mk. zerstörte.

Unter dem dringenden Verdacht mit Hilfe von Eisenbahnbeamten mehrere Eisenbahnladungen Speck und Zigarren im Werte von einer Million verschoben zu haben, ist der Kaufmann Georg Richardt in Thale a. H. verhaftet worden. Bei seiner Festnahme war gerade im Begriff, abermals einen Waggon Zigarren zu verschleppen.

Die Prager Tribuna teilt mit, daß seit dem 28. Oktober 1918 auf der Post und bei den Eisenbahnen in Tschechien Waren und Sendungen im Werte von 120 Millionen Kronen gestohlen worden sind. — Ein Trost für uns . . .

Die neue Drohung mit Gewalt.

Paris, 6. Dezember. (Trahter.) Die „Matin“ meldet, handelte es sich bei der geheimen Beratung, welche gestern vormittag am Quai d'Orsay nach Schluß der Sitzung des Pariser Rates zwischen den Vertretern Frankreichs, Englands, Amerikas, Italiens, Japans und Marzschall Bogh hatz-

gehandelt hat, um einen Meinungsaustrausch darüber, welche militärischen Maßnahmen zu ergreifen seien, wenn Deutschland sich weigert, das Zusatzprotokoll zum Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Beratung soll heute vormittag fortgesetzt werden, und zwar im Beisein des englischen Marschalls Wilson, der eiligst aus London nach Paris berufen worden sei.

Belegung des Ruhrgebietes?

Basel, 6. Dezember. (Trahter.) In der gestrigen Geheim Sitzung des Obersten Rates, zu der auch Koch zugezogen worden war, wurden militärische Maßnahmen erwogen, um Deutschland zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zu zwingen. Es wurde die Okkupation des Ruhrlohngebietes bis Essen und der Stadt Frankfurt a. M. in Aussicht genommen.

Genf, 6. Dezember.

Die Beweggründe der Entente diplomatie, die dem Verlangen nach bedingungsloser Unterzeichnung des Schlußprotokolls nötigenfalls unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen zugrunde liegen, sollen folgende sein: Man glaubt, daß die gegenwärtige deutsche Regierung nur ein geduldetes Tarsien führt, und schaut die Gefahr für sie von rechts höher ein, als von links. Die Drohung sei zwar in Deutschland wieder hergestellt, aber ihre Basis seien die Truppen, die nach Pariser Auffassung durchaus alldeutsch geübt und loyale Offiziere hätten. Die Entente wolle sich für den Fall, daß in Deutschland eine Wende der Dinge eintreten sollte, im Schlußprotokoll eine leichte Handhabe zum Eingriff sichern. Zweifellos hoffen die chauvinistischen Militärs in Frankreich, daß die Ereignisse in Deutschland Frankreich Gelegenheit geben, weite Strecken des deutschen Gebietes zu besetzen oder sogar den Friedensvertrag umzuwickeln und durch einen für Deutschland noch ungünstigeren zu ersetzen. — Auf das Gutachten der militärischen Stellen hin hält man einen deutschen effektiven Widerstand für möglich und wird deshalb Marschall Koch mit allen erforderlichen Maßnahmen betrauen.

Das bevorstehende Ultimatum.

London, 6. Dezember. Bonar Law erklärte in Glasgow, Großbritannien und seine Verbündeten hätten die Macht und würden sie, wenn nötig, gebrauchen, um durchzusetzen, daß der Friedensvertrag mit Deutschland nicht nur ratifiziert, sondern auch in Anwendung gebracht wird. Ein großer Teil des englischen Deeres sei bestehen geblieben, um die Bedingungen des Friedensvertrages durchzusetzen. Diese englischen Kundgebungen werden auch in den Zeitungen fortgesetzt, sie betreffen auf

neue, daß es der englischen Regierung Ernst ist mit der Drohung, weitere Teile Deutschlands zu besetzen.

Das Spiel mit Kriegsdrohungen.

Berlin, 7. Dezember. Unter der Ueberschrift „Das Ultimatum in Sicht“ nimmt der „Vorwärts“ Stellung zu den Zeitungsstimmen, deren Charakter hart ist, daß es sich nicht bloß um Gerüchte handelt. Das Blatt sagt, der Oberste Rat wolle mit Kriegsdrohungen gegen Deutschland. Das deutsche Volk ist wehrlos. Mit Gewalt kann man von Deutschland alles nehmen, was überhaupt vorhanden ist. — Im „Tageblatt“ heißt es zu den neuen Berechnungen in Paris, es stehe noch nicht fest, welche Persönlichkeiten deutscherseits teilnehmen werden, es gelte indessen für möglich, daß zu ihnen der Vize einer großen Industrieunternehmung gehört, wird der ebenso als Schriftsteller außerordentlich bekannt ist.

Die Steuergelebe in der Nationalversammlung.

Berlin, 6. Dezember. Die Regelung des Gelebes über Fassung der Fülle in Geld wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratungen des Landesherrschers in Verbindung mit der Abschaffung der Einkommensteuer und der Kapitalertragsteuer.

Hg. Führinger (Deutschnat. Volkspartei): Die Struktur des Finanzministeriums haben wir unter Salats nicht erhalten. Das Ausland hält sie für den Kern unseres Wirtschaftslebens. Der Moralität unserer Gegner gegenüber werden neue Papierprojekte nichts nützen. Das Reichsnotopfer wirkt bei mittleren Vermögen wie eine weitere Einkommensteuer. Das Kinderprivileg züchtet das Ein-Kinder-System. Wir sprechen dem Minister nicht das Vertrauen aus.

Finanzminister Erzberger antwortet ausführlich auf die Rede und betont nochmals: Nach unserer Auffassung wird es ein Gewaltakt der Entente sein, wenn sie darauf ansetzt Steuern legen wollte. Wollten wir darauf Rücksicht nehmen, dann dürften wir überhaupt keine erheben.

Nachdem dann noch die Redner der anderen Parteien ihren Standpunkt festgelegt hatten, wurden die drei Steuergelebe an die 10. Kommission verwiesen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Nationalversammlung (Dienstag) steht als einziger Punkt: Kundgebung gegen die Zurückhaltung der Befangenen.

andorf.
Ball.
ly Schaller
Steuer. —
gember
Nief
o Parfen.
ppchen"
iel-
r, Konditor.
eger.
hemn.)
au
Martie.
in so
ne und
n der
ker
h.
Stein.
Meisen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

B.Z. Leipzig, 7. Dezember

Die gestrigen Schlußverhandlungen des Parteitages beschäftigten sich mit der Gewerkschaftsfrage. Die in dieser Angelegenheit gefasste Entschlußfassung des Parteitagessoll auch künftighin für die Partei als maßgebend betrachtet werden. Ferner nahm der Parteitag eine längere Resolution zur Sozialpolitik an. Ebenso wurde vom österreichischen Sekretariat die Verhinderung der Auslieferung Bedens an Bayern veranlaßt, sowie die sofortige Beförderung der in Deutschland befindlichen russischen und der von Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen. Auch sprach man sich gegen die antisemitische Welle aus und forderte deren schärfste Bekämpfung. Nach Vornahme von Wahlen, bei denen als Vorsitzende Crispien und Käumig gewählt worden sind, wurde der Parteitag geschlossen.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist am Freitagabend eine Entschlußfassung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission auf Zusammenschluß der revolutionären Parteien zu einer tatkräftigen Internationale, die sich der Moskauer dritten Internationale und ihrem Programm zum Maßstab und zur Diktatur des Proletariates anschließen müsse, mit 227 gegen 61 Stimmen angenommen worden.

Deutsches Reich

Dresden. (Auf Befehl General Maerkers.) „Was sagt Minister Uhlig dazu?“ überschreibt die „Freie Presse“ eine ihr zugegangene Mitteilung, wonach im Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig augenblicklich ein Befehl General Maerkers bekanntgegeben wird, worin dieser anordnet: 1. Angehörige des Zeitfreiwilligen-Regiments sind — sobald sie Uniform tragen — gegenüber den Offizieren und Unteroffizieren der Reichswehr zum Grusse verpflichtet. 2. Das Tragen der schwarz-rot-goldenen Kokarde ist auch den Zeitfreiwilligen verboten. Als Abzeichen gelten außer der Landeskokarde nur das neue Adlerabzeichen oder die alte schwarz-weiß-rote Kokarde, die noch aufgetragen werden darf. — Es ist wohl anzunehmen, daß von der Stelle, die es angeht, eine Äußerung zu dieser Veröffentlichung erfolgen wird.

Berlin. (Eine unbeglichene Rechnung.) Bei der Abreise unserer Friedensdelegation aus Versailles sind, wie bekannt, unsere Vertreter mit Etzinger geworden und zum Teil schwer verletzt worden. Am schwersten getroffen ist Frau Dornblüth, die an den Folgen ihrer Verletzung noch heute leidet und arbeitsunfähig ist. — Infolgedessen richten fünf weibliche Abgeordnete verschiedener Fraktionen der Nationalversammlung die Anfrage an die Regierung, welche Schritte sie zu tun gedenkt, um eine gerechte Entschädigung für Frau Dornblüth von der französischen Regierung zu erlangen.

(Der angebliche Mörder Rosa Luxemburgs.) Der wegen Selbstbesichtigung des Mordes an Rosa Luxemburg verhaftete Hermann Otto wurde neulich seiner Mutter, die gegenwärtig in Hamburg wohnt, seinem früheren Vorkammler aus Lüneburg, sowie sonstigen Bekannten zur Feststellung seiner Person gegenübergestellt. Dabei hat sich ergeben, daß es sich um einen ausgesprochenen Schwindler handelt, dessen meisten früher gemachten Angaben sich als unecht erwiesen haben, der selbst davon nicht zurückzuckt, seine eigene Mutter zu bestechen und seinen Vorkammler zu beschwindeln. Der Verhaftete, Otto, ist 1908 in Lüneburg geboren. Er ist Bismarckweibel und nicht, wie er früher angegeben hat, „Leutnant Koch“ oder Leutnant d. R. Otto. Im Dezember 1917 ist er in Neuruppin zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem er sich vorher zur Untersuchung vier Monate in einer Irrenanstalt befunden hatte. Ob er der Mörder Rosa Luxemburgs wirklich ist, muß die Untersuchung ergeben, wofür es von großer Wichtigkeit ist festzustellen, ob sich der Verhaftete damals im Januar tatsächlich auch in Berlin aufgehalten hat. Die Sache gewinnt immer mehr an Unwahrscheinlichkeit.

(Qualifikationsbündnis.) Nach einem Präfektur Telegramm des „Secolo“ steht der Abschluß eines englisch-lateinischen Schutzbündnisses gegen Deutschland bevor. Diesem Bündnis werden angehören, England, Frankreich, Belgien, Spanien und Portugal. Um den Eintritt Italiens zu ermöglichen, soll das Adriaproblem mit dem Einverständnis Süditaliens einer vorläufigen Lösung zugeführt und so ein Freundschaftsverhältnis zwischen Italien und Süditalien geschaffen werden. Die Anwesenheit des serbischen Prinzen Alexander in Paris scheint auch damit zusammenzuhängen.

(Widerstand gegen die Reichseinkommensteuer.) Die oberthüringische Bezirksvertretungsmänner-Versammlung der Gewerkschaften der Metallarbeiter Städt. Dankscheren Richtung befaßte sich mit der neuen Reichseinkommensteuer, die als Politik des großen Reichens bezeichnet wurde, gegen die man sich mit Händen und Füßen wehren müsse. Die Arbeiter werden die Lohnabzüge als eine Verringerung ihres Arbeitsverdienstes ansehen. Die Folgen werden Lohnverbesserungsanträge und bei Verweigerung Aus-

rände sein. In einer Entschlußfassung wurde der Streikvorstand aufgefordert, noch in letzter Stunde bei der Staatsregierung und bei der Nationalversammlung auf eine Abänderung des Gesetzes hinzuwirken.

(Affordarbeit.) Bei der Abstimmung über die Einführung der früheren Arbeitsbedingungen auf den Werften, insbesondere über die Wiederführung der Affordarbeit, stimmten 7743 dafür und 4600 dagegen. Mehrere hundert Stimmen, welche noch ausstehen, können das Ergebnis nicht ändern. Damit würde also die Affordarbeit auf den Kieler Werften wieder eingeführt. Die Arbeiter der Aktien-Gesellschaft Weser in Bremen haben sich mit 2607 gegen 1911 für die Wiedereinführung der Affordarbeit entschieden.

(Neuer Knechtstrost entronnen.) Am Donnerstag traf an der Hohenauer Schleiße im Nordostsee-Kanal von Leath kommend der jetzt unter englischer Flagge fahrende deutsche Dampfer St. Helena ein, auf dem sich etwa 600 deutsche und polnische Kriegsgefangene befanden. Während der Fahrt erfuhr die deutsche Soldaten, daß sie gemeinsam mit den an Bord befindlichen kriegsmäßig ausgerüsteten polnischen Soldaten nach Polen abgehoben und in die polnische Armee eingereiht werden sollten. Vorher war ihnen zugesichert worden, daß sie nach Danzig gebracht und dort in Freiheit gesetzt werden sollten. Schon bei Brunsbüttel gelang es fünf Mann, zu entkommen, und an der Hohenauer Schleiße noch einem. Sechs bis acht bewaffnete polnische Soldaten wurden den Flüchtlingen nachgeschickt, aber von den Beamten der Schleiße zurückgewiesen. Das Kommando der Offestation verfügte, daß der Dampfer so lange festgehalten werden sollte, bis der Vorfall aufgeklärt sei, und aus diesem Grunde erfolgte die Befehls der Schleiße durch die Eisener Division. Offiziere der Offestation begaben sich an Bord des Dampfers und verhandelten mit dem Kapitän. Das Ergebnis war, daß 500 deutsche Kriegsgefangene ausgeschifft wurden. Sie werden nach dem Luchstädter Lager gebracht, um dort in Quarantäne zu gehen. Das Schiff hat nachmittags den Hafen verlassen und ist nach Stettin und Danzig weitergefahren.

(Ein Beschluß des deutschen Eisenbahnerverbandes.) In einer gestern in Magdeburg abgehaltenen Versammlung des deutschen Eisenbahnerverbandes wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, sich bis zum 1. Januar 1920 über die Erhöhung der Löhne zu entscheiden, da man nicht länger warten könne. Ferner wurde beschlossen, daß sich die Regierung bis 15. Dezember darüber entscheiden soll, ob sie die verlangte Beihilfe und die Arbeiter und Werkstätten, die noch nichts erhalten haben, zahlen will. Weiterhin wurden sich alle Mitglieder des Verbandes mit den in Betracht kommenden Arbeitern solidarisch erklären, auch wenn es zum Bruch kommen sollte. Bemerkenswert war, daß einem Vorschlag über das Betriebsstrafgesetz fast gar kein Gehör geschenkt wurde und ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer unter dem Rufe: „Das ist uns egal. Wir wollen mehr Lohn! den Saal verließ.“

Aus Nah und Fern

Lichtenstein, 8. Dezember.

(Aufhebung sächsischer Feiertage?) Die sächsischen Handelskammern haben sich für Verlegung des Hohenjubiläumstages (6. Januar) und des Frühjahrsbuhntages auf den folgenden Sonntag ausgesprochen, dagegen für Beibehaltung des Reformationsfestes. Der Novemberbuhntag wird bleiben, da Preußen für seine Beibehaltung eintritt.

(Können sich Neubauten verzinsen?) Vom Wohn- und Siedlungsamt wird uns geschrieben: In Kreisen der Bevölkerung begegnet man der Ansicht, Neubauten seien schon deswegen ausgeschloffen, weil keine genügenden Mieten zur Verzinsung gefordert werden dürften. Demgegenüber ist zu bemerken, daß natürlich die Bauten, die mit den staatlichen Baukostenzuschüssen errichtet werden, die dabei festgesetzten Mieten einhalten müssen; diese werden so berechnet, daß sich eine angemessene Verzinsung ergibt. Dagegen ist keiner behindert, der ohne Zuschüsse baut, die zur Verzinsung erforderlichen Mieten zu nehmen. Daran hindert ihn niemand, insbesondere nicht das Mieteneingangsamt, das sich ja nur mit Minderungen und mit unberechtigten Steigerungen befaßt. Allerdings würden die Mieten das Vier- bis Fünffache der Friedensmieten betragen, da die Baukosten zu hoch sind; sollten sich

jedoch Mieter finden, die diese Mieten anlegen wollen, so steht dem nichts im Wege.

(Verghaulichen.) Mit Ablauf dieses Jahres wird die Verstaatlichung einiger Werke des Luga-Delesinger Konzerns zur Tatsache werden, die der sächsische Staat den Lugaer Steinkohlenbauverein, den Steinkohlenbauverein „Gottes Segen“ in Luga und die Steinkohlen-L.S. „Vereinigt Feld“ in Hohnsdorf zu erwerben gedenkt.

(Parival.) Auf den aber dieses Thema vom Ransmännischen Verein morgen (Dienstag) in der Schulaula veranstalteten öffentlichen Vortrag sei an dieser Stelle nochmals empfehlend aufmerksam gemacht.

(Wochenhilfe und Wochenfürsorge.) Es sind anspruchsberechtigt: Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert gewesen sind. Sie erhalten als Wochenhilfe 1. einen Entbindungskostenbeitrag von 50 Mk.; 2. ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 Mk. täglich, einschließlich der Sonn- und Festtage, für 10 Wochen; 3. eine Beihilfe bis zum Betrage von 25 Mk. für Hebammenbesuche und ärztl. Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden. 4. so lang sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, mindestens 75 Pfg. täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft Anspruch auf diese Leistungen haben ferner versicherungsfreie Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder der bei der Kasse Versicherten, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben und Minderbemittelte. Als minderbemittelte gilt eine verheiratete Wöchnerin, wenn ihr Ehemann und sie in dem Jahre vor der Niederkunft nicht mehr als 2500 Mk. Einkommen gehabt haben, eine unverheiratete Wöchnerin, wenn sie in der gleichen Zeit nicht mehr als 2000 Mk. verdient hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 250 Mk. Nicht versicherte Wöchnerinnen, die vor dem 1. Okt. entbunden worden sind, erhalten Wochenhilfe von diesem Tage an, abzüglich der zwischen dem Tag der Entbindung und dem 1. Okt. liegenden Zeit. Die Bezugsberechtigten haben sich bei den für sie in Frage kommenden Kassen zu melden, wo ihnen weitere Auskunft erteilt wird. Ein Doppelbezug dieser Leistungen ist strafbar und wird mit Gefängnis bestraft. Die Kassen-Vorstände haben statt der baren Beihilfen außer Wochen- und Stillgeld, Sachleistungen zu gewähren, beschlossen.

(Aufhebung des Stollen- und Kuchenbackverbotes.) Wie das Dresdner Lebensmittelamt bekanntgab, sollte für das herannahende Weihnachtsfest die Herstellung von Stollengebäck sowohl in gewerblichen Betrieben als auch in Haushaltungen, Anstalten etc. allgemein verboten sein. Dagegen wurde halbamtlich gemeldet, daß das Stollenbackverbot in Sachsen in den nächsten Tagen für das Bauen in Familien aufgehoben werden würde, während es für die gewerblichen Betriebe in Kraft bliebe. Unsere Erkundigungen an zuständigen Stelle des Wirtschaftsministeriums bestätigen diese letzte Meldung. Das Dresdner Lebensmittelamt war bei Erlaß seiner Bekanntmachung von den Schritten des Wirtschaftsministeriums noch nicht unterrichtet. Die amtliche Verfügung hierüber befindet sich bereits in vorliegender Nummer.

(Die Unterstützung für Kriegsgefangenen-Familien erhöht.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Reichsregierung einer grundsätzlichen Erhöhung der Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsgefangenen zugestimmt hat. Ueber die Erhöhung und schnellste Auszahlung der Bezüge finden zurzeit Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium statt, welche mit tunlichster Beschleunigung durchgeführt werden.

(Die Auslosungen der Spar-Prämienanleihe.) Die Auslosungen der Spar-Prämienanleihe finden in aller Öffentlichkeit und unter Kontrolle eines Notars statt, und zwar nicht nur die Ziehungen selbst, sondern das ganze Auslosungsverfahren von Anfang an. Die von einem Notar geprüften, in

| | | | |
|--|----------------|---|-------------------------|
| 10. Dez. | bis 8. Jan. | 1.-13. März | 15. März |
| Zeichnungs- schluß der Spar- Prämienanleihe | Eingabung | Auszahlung der Güter an den Zeichner. | Erste Gewinnziehung. |

Stefan
jehlich
Kern
ordnu
fortba
den 9
den 9
Eben
solun
lichel
...
präm
allein
lassen.
Reiche
niße a
sonder
Mittel
der 3
...
ist de
Glaub
Dresd
Soban
Bezir
mit de
...
dem 2
Volks
sich u
Hohn
Güter
...
Hol
(Dien
Pflid
genüß
Aus
sekret
ist er
kannte
dieser
lassen
währd
die M
hat si
ermiese
wurde
Dre
Krimin
...
Zeid
D
...
Die M
den sp
Katt.

Metallhüllen verschlossenen Nummern stehen zu je drei auf ihre Richtigkeit frei, so daß Herrmann sich überzeugen kann, ob seine Nummer ordnungsmäßig vorhanden ist. Ab dann werden fortbauernd unter Aufsicht des Notars und unter den Augen des Publikums die Metallhüllen mit den Nummern den beiden Trommeln einverleibt. Ebenso wird bei den nunmehr beginnenden Auslosungs- und Tilgungsziehungen unter strenger Aufsicht von Publikum, also unter vollster Öffentlichkeit verfahren.

Gutes Zeichnungsergebnis der Sparprämienanleihe. Nach den Berichten, die nicht allein von einzelnen Berliner Spar- und Depositenkassen, sondern auch aus verschiedenen Teilen des Reiches vorliegen, haben sich die Zeichnungsergebnisse auf die Sparprämienanleihe in letzter Zeit besonders gut gestaltet. Das reiche Publikum und der Mittelstand haben sich in hervorragendem Maße an der Zeichnung beteiligt.

Ernennung. Vom 1. Februar 1920 ab ist dem selbsterhaltenen Bezirkschulrat Dr. Kraner-Glauchau die Stelle des Bezirkschulrates für Dresden II übertragen und der Oberlehrer William Johannes Julius Stengel in Plauen i. V. zum Bezirkschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Glauchau mit dem Amtssitz in Glauchau ernannt worden.

Petition. Im neuesten Verzeichnis der bei dem Beschwerde- und Petitionsausschuss der Sächsischen Volkskammer eingegangenen Petitionen befindet sich u. a. eine Petition der Gemeinderäte zu Ködlig-Johndorf und Gen. wegen Einrichtung einer Güterabfertigungsstelle in Ködlig.

Johndorf. (Im „Deutschen Haus“) ist morgen (Dienstag) abend großes Konzert vom Chemnitzer Pflitharmonischen Orchester, jedoch Musikfreunden genutzliche Stunden bevorstehen.

Aue. (Bermittelt) wird seit einigen Tagen Oberpostsekretär Stephan von hier. Am Mittwoch abend ist er von: Hause weggegangen, um sich mit Bekannten in einer Gastwirtschaft zu treffen. Seit dieser Zeit ist er verschwunden. Die Ermittlungen lassen vermuten, daß er auf dem Nachhauseweg wahrscheinlich vom Fußweg abgekommen und in die Mulde gestürzt ist. Oberpostsekretär Stephan hat sich stets als ein äußerst pflichttreuer Beamter erwiesen. Bei einer jetzt vorgenommenen Revision wurde alles in bester Ordnung gefunden.

Dresden. (Eindreher festgenommen.) Von der Kriminalpolizei konnten drei arbeitsscheue Burken

hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Auf ihr Konto kommt eine Reihe Einbrüche, wobei ihnen Schokoladen und Zuckerwaren, ein Motorrad, zwei komplette Autobereifungen und anderes in die Hände fielen. Das Diebesgut brachten sie hier und auswärts für billiges Geld an dem Ranne.

Glauchau. (Metallarbeiter-Streik.) Wegen Lohn-differenzen sind die Metallarbeiter in den Ausstand getreten. In einem Schreiben an den städtischen Arbeitsnachweis teilt die Verwaltungsstelle Glauchau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit, daß die Metallindustriellen von Glauchau durch Schließung des Schlichtungsausschusses verurteilt worden sind, den Tarifvertrag der Arbeitnehmer-Organisation (Deutscher Metall-Arbeiter-Verband) anzuerkennen. Da aber die Arbeitgeber sich weigern, den Tarif-lohn zu zahlen, so sind die hiesigen Metallarbeiter am Freitag in den Streik getreten. Von dem Ausstand nicht betroffen werden die Botanik-Werke A. G., die Hutgestellfabrik Kurt Porzig und die Fahrzeug-verdeckfabrik Felix Wilhelm in Reinholdshain.

Seraub. (Ein Reichspatent) erhielt der hiesige Schmied Albin Kauner, und zwar auf einen neuartigen äußerst praktischen Büchsenöffner „Glas- und Gummischuh“. Ein einziger Druck genügt, die vorher fest verschlossene Glasbüchse ohne Beschädigung zu öffnen. Der Erfinder gedenkt die Massenherstellung in Kürze selbst zu übernehmen.

Leipzig. (Pelzwarendiebstahl.) In der Halbtstraße wurde in einem Pelzwarengeschäft ein großer Diebstahl ausgeführt. Den Dieben fielen Pelzwaren im Be-trage von 115 000 Mark in die Hände.

Greiz. (Ein „fetter“ Diebstahl.) Nachts sind aus dem Laden in der Hirschgasse, in dem der Speck für den Kommunalverband untergebracht ist, 5-6 Zentner Speck gestohlen worden.

Bereinsnachrichten.

Der Evangelische Arbeiterverein trat seit langer Zeit wieder einmal in die Öffentlichkeit. Er veranstaltete am Sonntag, den 1. Advent, einen wohlgelungenen, überaus gut besuchten Vor-tragsabend im Saale des Parkschloßchens, seinem Vereinslokale.

Als Einleitung gab der bisherige Leiter, Herr Ahmus, einen Auszug über die Tätigkeit des Ver-eins während seiner 12-jährigen Eigenschaft als Vorsitzender und erteilte dann Herrn Pastor Schubert aus Penig das Wort zu seinem 1 1/2-stündigen

Vortrag über das Thema: „Brauchen wir noch eine Bekenntniskirche? Ueber diesen geistvollen Redner, mit seinen klaren, erhellenden, äußerst sachlichen Ausführungen große Worte zu machen, wäre vollständig verfehlt. Alle Zuhörer werden das bestätigen.“

Der Redner wies zunächst hin auf die Ereignisse seit dem 9. November 1918, die auch in das Leben der Kirche einschneidend eingegriffen hätten und die zu einer äußeren Neuorganisation der Kirche zwängen. Für deren Erhaltung komme es aber nicht minder auf die innere Lebendigmachung an, hierfür sei von entscheidender Bedeutung die Beantwortung der Frage, ob die Grenzen für die Kirche der Zukunft weit oder eng gesteckt werden, oder mit anderen Worten, die Antwort auf das Thema: „Brauchen wir noch eine Bekenntniskirche?“ Es wurden zunächst die verschiedenen kirchlichen Richtungen beleuchtet, die diese Fragen verschieden beantworteten. Neue Kirche, Hochkirche, Volkskirche, Bekenntnis- bzw. Freikirche. Bei jeder Richtung wurden die Licht- und Schattenseiten aufgezeigt, jedoch den Zuhörern nicht etwa eine andere Meinung aufgedrängt wurde, sondern die Probleme sich vor ihnen enthüllten und sie selbst entscheiden konnten. Das war auch die Absicht des Vor-tragenden, der mit Fleiß seine persönliche An-schauung zunächst ganz zurücktreten ließ und erst zum Schluß hervorkehrte. Unter Ablehnung der beiden Richtungen Neue und Hochkirche, sah er seine Anschauung dahin zusammen, daß die Kirche der Zukunft beides sein müsse, Volks- und Be-kennntniskirche, d. h. die Volkskirche müsse immer mehr zur wahren Bekenntniskirche werden, beson-ders durch die Sauerterglwirkung der Christus-gläubigen, zu deren Sammlung der Vortragende mit warmen Worten aufforderte.

Nach Beendigung ergriff Herr Pfarrer Hebart das Wort, um die eben gehörten Ausführungen zu bestätigen, ja noch besonders zu betonen. Dasselbe tat Herr Pastor Koch. Herr Prof. Dr. Bohn ermahnte die Anwesenden „deutsch und christlich“ zu sein, das sei die Erde und der Stolz eines jeden echten Deutschen. Als letzter Redner sprach Herr Piehlich seine Freude über den eben gehörten Vortrag aus. Mit dem Gesang zweier Verse des Liedes „Ein feste Burg ist unser Gott“ endete die wohlgelungene Veranstaltung des Evan-gelischen Arbeitervereins. Möge allen Zuhörern das diesen Abend Dargebotene zum Segen ge-reichen!

Zeichnungsfrist: 10. Dezember 1919 * Einzahlungstermin: 1.—8. Januar 1920 * 1. Ziehung: März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

| Jährliche Gewinne: | | | |
|--------------------|---------|--------------|-----------|
| 10 Gewinne zu | 1000000 | 10 Millionen | |
| 10 | 500000 | 5 | Millionen |
| 10 | 300000 | 3 | „ |
| 10 | 200000 | 2 | „ |
| 20 | 150000 | 3 | „ |
| 40 | 100000 | 4 | „ |
| 100 | 50000 | 5 | „ |
| 200 | 25000 | 5 | „ |
| 400 | 10000 | 4 | „ |
| 600 | 5000 | 3 | „ |
| 800 | 3000 | 2400000 | „ |
| 800 | 2000 | 1600000 | „ |
| 2000 | 1000 | 2000000 | „ |
| 5000 Gewinne | | 100000000 | |

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Tilgungsziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 Mk. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 Mk. für jedes abgelassene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsanleihe und 500 Mark in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsanleihe 1.—8. Januar 1920. Bezeichnung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Sparkassen mit 5% des Nennwertes begeben.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen u. Genossenschaftlichen.

15. März

Erste Ausziehung.

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Zohr.

62. Nachdruck verboten.

Dieser Vorfall verschlechtert wieder derartig die Beziehungen von euch Geschwistern zueinander. Daß eine Verleumdung in Zukunft im besten Fall ein sehr geringfügiger Vorfall sein wird. Mein Haus aber soll euch allen gleichmäßig offen stehen und darum muß ich allein dort sitzen bleiben. Du verstehst, was ich damit sagen will, und nun wollen wir nicht mehr darüber reden."

Bernhardo hatte wieder der Bohn, und er fragte in bestigem Ton: „So setzt du mich vor Zette zurück, die die von Vater so viel Leid angetan hat?"

„Darüber steht dir kein Urteil zu, Bernhard, sondern nur mir. Und wenn ich die Hand zur Verteidigung hat, so weiß ich, was ich mir und auch der Zette schuldig bin. Zette ist grausam unrecht getadelt worden. — Nein, ich weiß, tief sie energisch, ich habe es nicht, daß du sie der furchtbaren Schuld anklagst. Sie hat es nicht, mein Kind ist rein. Sie hat in meinem Hause dieselben Rechte wie du, daß du es weißt, und nach diesem meinen Willen hast ihr auch zu richten, du und auch Mathilde."

„Die Thomas werden uns von hier verdrängen, Mutter."

„Nur mit eurem Willen. Euch allen ist die Tür des Elternhauses offen."

„Mathilde steht dir fern."

„Sie ist deine Frau und die Mutter deiner Kinder, es wäre sehr betäubend, wenn ich das je verstanden könnte."

„Weißt du, daß Thoma wieder ein Geschäft gründen will?"

„Sie erzählten es mir soeben. Schloffer soll Teilhaber werden. Ich habe mich sehr über den Entschluß gefreut. Ein Mann muß eine Tätigkeit haben, und Wilhelm ist ja mit Leib und Seele Kaufmann."

„Und ich soll mich wohl noch darüber freuen, daß ich Letztes Vermögen auszahlen muß?"

„Frau Bohn blühte ihren Sohn scharf an. Dann sagte sie ruhig: „Damit mußt du immer rechnen. Sie haben dir doch längere Frist gegeben?"

„Die bei uns übliche, Mutter, sie können doch nicht die Auszahlung von heute auf morgen verlangen."

„Wozu diese Festigkeit! Thoma kann doch nicht ohne Geld anfangen. Schloffer gibt nur seine Arbeitskraft, die allerdings gar nicht hoch genug bewertet werden kann."

„Das soll wohl ein Vorwurf für mich sein?"

„Nein, ich bestätige damit nur eine Tatsache. Aber du wirst es wohl schon oft bemerkt haben, daß du den Mann verloren hast."

Dohm stand auf. „Ich gehe, Mutter, heute können wir nicht gut zusammenkommen."

„Das will mir auch so scheinen, mein Junge. Weißt du auch warum?"

„Nun?"

„Dich brüht dein Gewissen. Lerne es nur gut verstehen, dann ist mir nicht lange um dich, und ich will gern deine üblen Launen ertragen."

„Sorge dafür, daß Thoma wieder in ihre Berge

verschwinden, Mutter, damit ist auch wieder Frieden im Land."

Er brauchte nicht lange darauf zu warten, denn Zette drang selber darauf, und Thoma war ihr zu Willen.

(Fortsetzung folgt.)

Kurze, Bayer & Heinge

Abteilung Lichtenstein-Callenberg.

| | 5./12. 19 | 6./12. 19 |
|--------------------------------------|-----------|-----------|
| Deutsche 5% Kriegsanleihe | 77,50 | 77,125 |
| 4 1/2% Schatzanweisung | 74,375 | 74,125 |
| 3% Reichsanleihe | 62,75 | 61,50 |
| 3 1/2% " | 62,50 | 62,25 |
| 4% " | 67,— | 67,— |
| Sächsische 3% Rente | 62,50 | 62,25 |
| Chemnitzer 4% Stadtanleihe | 82,50 | 83,75 |
| Dresdner 4% " | 85,25 | 85,25 |
| Leipzig 4% " | 85,— | 85,75 |
| Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr. | 97,50 | 97,— |
| Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr. | 87,25 | 88,50 |
| 100,375 | 100,75 | |
| Sächs. Bod.-Cred.-Anst. 4% Pfandbr. | 93,25 | 94,50 |
| Hartmann Masch.-Fabrik Akt. | 176,75 | 169,— |
| Maschinenfabrik Kappel Akt. | 281,25 | 285,— |
| Hermann Vöge Akt. | 257,— | 255,— |
| Sachsenwerk Akt. | 280,— | 278,— |
| Sächs. Webstuhlfabrik Schönherr Akt. | 230,— | 225,— |
| Hugo Schneider Akt. | 207,75 | 211,— |
| Schubert & Salzer Akt. | 294,50 | 292,50 |
| Wanderer Werke Akt. | 325,25 | 325,— |
| Zimmermann Werkzeugmach. Akt. | 143,50 | 142,— |
| Deutsche Bank Akt. | 252,— | 255,— |
| Diskonto-Gesellschaft Akt. | 176,25 | 178,— |
| Dresdner Bank Akt. | 145,25 | 144,50 |
| Phönix Akt. | 172,— | 281,— |
| Hamburger Bank Akt. | 112,— | 120,50 |
| Allg. Elektrizitätsges. Akt. | 245,— | 248,— |
| Sächsische Kurze | 700,— | 700,— |

Central-Theater.
am Markt. Lichtenstein am Markt.

Heute Montag, zum 2. Jahrmaktag von nachmittags 4 Uhr ab Vorführung des prachtvollen tieferegreifenden Dramas

Sein Fatum!

mit Claire Hays in der Hauptrolle.

Bekanntmachung.

Nach dem Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 26. Sept. 1919 haben anspruchsberechtigte Wöchnerinnen nach § 195 a der Reichsversicherungsordnung Abs I, Ziffer 1 u. 3 Anspruch auf einen Entbindungskostenbetrag von 50 Mark, eine Beihilfe für Schwangerschaftsbeschwerden, wenn solche vorliegen, bis zu 25 Mark.

Statt dieser baren Leistungen haben die unterzeichneten Kassenvorstände beschlossen, den Wöchnerinnen freie Behandlung durch Hebammen und Arzt, sowie die erforderliche Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden zu gewähren.

Durch diesen Beschluß sind die Wöchnerinnen von allen Zahlungen an Ärzte, Apotheke und besonders Hebammen völlig befreit. Die Wöchnerinnen können etwa gegen sie erhobene Ansprüche unter Hinweis auf diese Bekanntmachung ohne weiteres ablehnen und die Anspruchserhebenden darauf verweisen, daß ihre Forderung voll von unterzeichneten Kassen gedeckt werde.

Somit Forderungen dieser Art vor dem 1. Okt. ds. Js. liegen, steht den Wöchnerinnen jedoch ein Anspruch hierauf nicht zu.

Lichtenstein und Callenberg, den 8. Dezember 1919.

Allgem. Ortskrankenkassen.
Robert Fischerp, Vors. Paul Laubert, Vors.

Hiermit mache ich bekannt, daß in

Chemnitz, Tattersall,

Schopauerstraße 49, Telephon 378, und in
Zwickau, Angerstraße 1, Telephon 1459,
eine große Anzahl prima

schwere belgische und dänische Arbeitspferde,

sowie hervorragende
Oldenburger, Holsteiner und Hannoverische
Wagen- u. Geschäftspferde
zur gef. Musterung und zum Verkauf bereitstehen.

Paul Fritzsche,
Pferdegroßhandlung.

Geschäfts-Anzeige

Einem geehrten Publikum von Hohndorf und Umgebung zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich den

Gasthof „Weißes Lamm“ in Hohndorf

nunmehr häufiger erworben habe. Ich werde bemüht sein, die mich beehrenden Gäste aufs Beste zu bewirten.

Besonders empfehle ich den werten Vereinen und Gesellschaften meine freundlichen, geräumigen Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen und Bällen etc.

Mit der Bitte, mich in meinem neuen Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen, gelte

Hochachtungsvoll
Fritz Kühnert.

Spargelder

von Dienstag an.
Liefernberg.

Wasserdichte Planen, Säcke, Pferdebedecken

aller Art aus pa. Leinwand, liefert prompt und billigst

Otto Eisner,
Aue i. Erzgebirge,
Wehrstraße 5.
Ausführung sämtlicher Reparaturen.

Ein neuer Militärmantel

1 Paar Schuhe Nr. 31, ein Paar Pantoffel Nr. 28, eine Randoline (für gr. Kinder) zu verkaufen bei

Wag Sachse,
Callenberg, Bismarckstr. 200 II.

Wegen Verheiratung meines Mädchens suche ich zum 1. Jan. ein sauberes

Mädchen,

welches etwas von Landwirtschaft versteht. Familienanschluss und gute Behandlung.

Franz Sieber, Burgkötter, Georgstraße 3.

Kaufm. Verein

Lichtenstein-Callenberg.

Dienstag, den 9. Dezember, pünktlich 1/8 Uhr abends in der Aula der Bürgerschule

I. öffentlicher Vortrag

über
Richard Wagners „Parsifal“.

von Herrn Dr. Hirschberg, Privatdozent der Musikwissenschaft in Berlin, selbst am Flügel und durch Gesang erläutert. — Eintritt 1 Mk., im Vorverkauf bei den Herren F. E. Härtel, Martin Doerffelst in Lichtenstein und Eugen Berthold in Callenberg 80 Pfg.

Um zahlreichen Besuch bittet
Der Kaufmännische Verein.

Cumpen Algr. 55 Pfg. Ein Haus

Knochen 20 "
Eisen 20 "

mit großen Blumen, Obst- u. Gemüsegarten, auf Wunsch auch Feld, ist veränderungshalber zu verkaufen. Offerten unten 100 in die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Richard Stiegler,
Rohprodukten Hohndorf.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken wir hierdurch herzlichst,
zugleich im Namen beiderseitiger Eltern.

Paul Abendroth u. Frau
Martha geb. Ebert.

Neuolanzitz. Hohndorf.

Druck und Verlag von Otto Roth und Wilhelm R. Feil. Die hier belagerten Inhalt verantwortlich Wilhelm R. Feil in Lichtenstein.